



Land und Kommunen - Hand in Hand für eine gute Integration

Leitlinien und
Handlungsempfehlungen
für kommunale
Integrationsprozesse in Hessen

März 2007

Hessisches Sozialministerium
Hessischer Städtetag
Hessischer Städte- und Gemeindebund
Hessischer Landkreistag

HESSEN:
grenzen-los

Konzept

**„Land und Kommunen –
Hand in Hand für eine gute Integration“**

Leitlinien und Handlungsempfehlungen

für kommunale Integrationsprozesse in Hessen

Hessisches Sozialministerium

Hessischer Städtetag

Hessischer Städte- und Gemeindebund

Hessischer Landkreistag

März 2007

Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration

Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Hessen und den kommunalen Spitzenverbänden zur Weiterentwicklung der Integration Zugewanderter in Hessens Landkreisen, Städten und Gemeinden

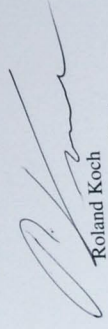
Die Integration von zugewanderten Menschen ist eine zentrale Aufgabe für Politik und Gesellschaft. Integration bedeutet Teilhabe und Akzeptanz auf dem Boden einer aktiven Bürgergesellschaft und Verantwortungsgemeinschaft. Integration kann nicht einseitig gelingen, sie muss von allen Beteiligten angestrebt und gelebt werden.

Seit Jahren leisten die Hessische Landesregierung und die hessischen Kommunen erhebliche Anstrengungen um ein friedliches Miteinander sicherzustellen und eine Integrationskultur zu schaffen, die eine gemeinsame Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ermöglicht. Vielfältige Projekte und Maßnahmen wurden initiiert, die den Integrationsgedanken nachhaltig zum Erfolg führen sollen.

Mit dem vorliegenden Konzept „Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration“, das von den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam mit der Landesregierung unter Beteiligung aller hessischer Landkreise, Städte und Gemeinden sowie wichtiger Organisationen und Verbände entwickelt wurde, wird dieser Arbeit eine gemeinsame Grundlage und Philosophie gegeben. Handlungsempfehlungen für Strukturen und Maßnahmen kommunaler Integrationsprozesse bilden den Schwerpunkt des Konzeptes.

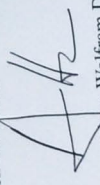
Die Unterzeichnenden erklären, dass sie ihre Anstrengungen für die Integration der zugewanderten Menschen auf dieser Grundlage und geleitet durch diese Philosophie intensiv weiterentwickeln werden.

Für das Land Hessen



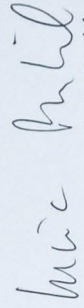
Roland Koch
Hessischer Ministerpräsident

Für den Hessischen Städtetag



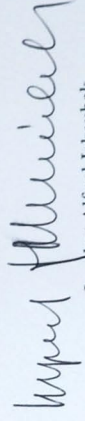
Oberbürgermeister Wolfram Dette
Präsidiumsmitglied des Hessischen Städtetages

Für den Hessischen Städte- und Gemeindebund



Bürgermeisterin Lucia Puttrich
Präsidentin des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

Für den Hessischen Landkreistag



Landrat Alfred Jakoubek
Präsident des Hessischen Landkreistages

Wiesbaden, den 23. März 2007

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Hessische Landesregierung hat die Integration zugewanderter Menschen zu einem zentralen Politikfeld erklärt. Beginnend mit dem Start einer Integrationskampagne in Hessen bereits zu Anfang der vergangenen Legislaturperiode haben wir in Hessen seitdem eine Reihe von Instrumentarien und Programmen geschaffen, die die Umsetzung unserer integrationspolitischen Ziele vorantreiben. Hessische Integrationsmaßnahmen sind inzwischen vielfach Vorbild für den Bund und für andere Länder geworden.

So ist der Integrationsbeirat, der die Landesregierung in Fragen der Integration berät und Impulse gibt, beispielgebend. Der Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler intensiviert und koordiniert die Integration der Spätaussiedler. Der Integrationskompass ist virtuelle Informationsbörse und bietet Orientierungshilfe im Bereich Integration über Hessen hinaus.

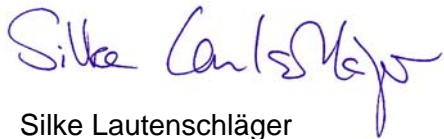
Beispielgebende Integrationsprojekte von Kommunen oder von Vereinen und Initiativen werden jährlich mit dem Hessischen Integrationspreis ausgezeichnet. Innovative Projekte wie beispielsweise „Kultursensible Altenpflege“ oder das Programm „Ausbildung in der Migration“ werden aus Landesmitteln gefördert.

Insbesondere im Sprachförderbereich hat Hessen Maßstäbe gesetzt: Damit Kinder aus zugewanderten Familien bereits frühzeitig vor der Einschulung die Möglichkeit haben, ausreichend Deutsch zu lernen, hat die Hessische Landesregierung mit dem Sprachförderprogramm für Kindergartenkinder und den schulischen Vorlaufkursen den flächendeckenden Ausbau von Sprachfördermaßnahmen in die Wege geleitet. Die zugewanderten Eltern, vor allem die Mütter, sind eine zweite wichtige Zielgruppe für die Deutschkurse.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und alle Politikfelder auf Bundes-, Landes- und insbesondere auf der kommunalen Ebene betrifft. Integration erfordert das Engagement und die gemeinsame Verantwortlichkeit aller Beteiligten am Integrationsgeschehen vor Ort.

Um den Integrationsgedanken in alle hessischen Kommunen zu tragen haben das Hessische Sozialministerium und Vertreter der Kommunen gemeinsam das Konzept „Land und Kommune – Hand in Hand für eine gute Integration“ erarbeitet. Die Zustimmung aus vielen hessischen Städten, Gemeinden und Landkreisen zu den Leitlinien und Handlungsempfehlungen im nun aktualisierten Konzept war nahezu einhellig.

Das Konzept ist damit tatsächlich ein Rahmen, der vom Land Hessen und einer großen Zahl der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise getragen wird. Engagierte Integrationspolitik wird gemeinsam getragen.



Silke Lautenschläger
Hessische Sozialministerin

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der örtlichen Ebene und im örtlichen Miteinander entscheidet und entwickelt sich Integration. Bei allen Programmen und Projekten zeigt sich, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden eine entscheidende Rolle spielen, wenn es um die erfolgreiche Umsetzung von Integrationspolitik geht. Sie leisten bei der Integration zugewanderter Menschen eine hervorragende Arbeit, sie haben oftmals spezifische Integrationsmaßnahmen und -strategien entwickelt und unterstützen vielfach einzelne Initiativen, die vor Ort wirken und der Integration dienen. Denn Integration spielt sich vor allen Dingen in der Gemeinde, im Stadtteil, vor Ort ab. Hier treffen Menschen aus unterschiedlichen Lebensbereichen, Kulturen und Nationen zusammen. Hier werden Probleme aber auch die Chancen für ein friedliches Miteinander sichtbar.

Zur Weiterentwicklung der Integrationsansätze auf den unterschiedlichen Ebenen, aber auch zur Intensivierung wichtiger Schwerpunkte und Projekte im Bereich Integration hatten daher im vergangenen Jahr das Hessische Sozialministerium und Vertreter der Kommunen ein Rahmenkonzept für kommunale Integrationsstrategien erarbeitet, das nun in Diskussionen und auf der Basis einer Fragebogenaktion in den Städten, Gemeinden und Landkreisen und mit den im Bereich Integration engagierten Institutionen weiterentwickelt und optimiert wurde. Die vorgeschlagenen grundsätzlichen Handlungsempfehlungen für Strukturen und Maßnahmen kommunaler Integrationsprozesse – basierend auf dem Prinzip des Förderns und Forderns – wurden um weitere Anregungen ergänzt, die Liste der nachahmenswerten Projekte wurde erweitert.

Das Konzept „Land und Kommune – Hand in Hand für eine gute Integration“, das gemeinsam vom Land Hessen und Vertretern der Kommunen erarbeitet wurde, wurde von allen Befragten, die sich geäußert haben, als ein Konzept begrüßt, das die Integrationsdiskussion vor Ort belebt und damit ein Stück voran bringt. Das Konzept ist nun tatsächlich eine vom Land Hessen und vielen hessischen Städten, Gemeinden und Landkreisen gemeinsam getragene Grundlage, auf der Integration gelebt und entwickelt wird.

Dieter Schlempp, Geschäftsführender Direktor des Hessischen Städtetages
Diedrich Backhaus, Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes
Dr. Hans-Peter Röther, Geschäftsf. Direktor des Hessischen Landkreistages
Wolfram Dette, Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar
Dr. Wolfgang Müsse, Erster Kreisbeigeordneter des Hochtaunuskreises

Mitglieder der Projektgruppe „Land und Kommunen – Hand in Hand für gute Integration“

Herr Dieter Schlempp,
Geschäftsführender Direktor des Hessischen Städtetages

Frau Dr. Brigitte Strobel,
Referentin beim Hessischen Städtetag

Frau Lucia Puttrich,
Präsidentin des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

Herr Diedrich Backhaus,
Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

Herr Dr. Hans-Peter Röther,
Geschäftsführender Direktor des Hessischen Landkreistages

Herr Wolfram Dette,
Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar

Herr Dr. Wolfgang Müsse,
Erster Kreisbeigeordneter des Hochtaunuskreises

Herr Dr. Walter Kindermann,
Abteilungsleiter im Hessischen Sozialministerium

Frau Gabriele Meier-Darimont,
Referatsleiterin im Hessischen Sozialministerium

Inhalt

I.	AUSGANGSPUNKT UND ZIELSETZUNG.....	9
II.	LEITLINIEN.....	11
III.	INTEGRATIONSPOLITIK IN HESSEN.....	14
IV.	ZUM BEGRIFF ‚INTEGRATION‘	15
V.	STRUKTURELLER ANSATZ	17
VI.	QUERSCHNITTSTHEMEN UND HANDLUNGSFELDER	19

Konzept

„Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration“

Leitlinien und Handlungsempfehlungen
für kommunale Integrationsprozesse in Hessen

I. Ausgangspunkt und Zielsetzung

Die Integration zugewanderter Menschen ist zunehmend eine zentrale Herausforderung der Gesellschaft, auf die Bund, Länder und Gemeinden, Städte und Landkreise Antworten finden müssen. Weite Bereiche der Integrationspolitik werden von den politischen und rechtlichen Vorgaben des Bundes und der Länder bestimmt. Bei der Organisation und Schwerpunktsetzung von Integrationsprozessen kommt jedoch den Kommunen eine entscheidende Bedeutung zu, denn Integration spielt sich weitgehend im Umfeld vor Ort ab. Hier werden Chancen und Probleme sichtbar, hier realisieren sich die zentralen Lebensbereiche zugewanderter Menschen und hier liegt die Basis für ein friedliches Miteinander aller am Gemeinwesen Beteiligter.

Unter den rund sechs Millionen Hessen sind über eine Million in den letzten Jahrzehnten zugewandert oder als Kinder ihrer zugewanderten Eltern hier geboren. Die ausländische Bevölkerung umfasst 745.325 Personen, 12,2 % der hessischen Bevölkerung (Statistisches Landesamt 2004). Die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist eine sehr heterogene Gruppe, zusammengesetzt aus über 160 verschiedenen Staatsangehörigkeiten. Die Hauptgruppen, deren Integration zu fördern ist, sind Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Aussiedler/Spätaussiedler und deren Familienangehörige, eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer und Kinder zugewanderter Eltern.

Zielgruppen von Integrationsmaßnahmen sind sowohl neu Zugewanderte als auch Zugewanderte der ersten, zweiten und dritten Generation, die rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland leben oder bereits die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Kriterien wie Geschlecht, Bildungsniveau, Wohnumfeld und soziales Gefüge können den Integrationsprozess ebenso beeinflussen wie die Zugehörigkeit zu einer nationalen oder ethnischen Herkunftsgruppe. Dies bedeutet umgekehrt nicht, dass alle Menschen mit Migrationshintergrund ein Integrationsdefizit haben.

Eine Kernherausforderung bei kommunalen Integrationsansätzen ist also die Definition der jeweils relevanten Personengruppen und die entsprechenden spezifischen Problemstellungen und Handlungsansätze vor Ort.

In vielen Gemeinden, Städten und Landkreisen gibt es bereits Integrationskonzepte mit unterschiedlichen Ansätzen und Strategien. Daneben existiert eine Vielzahl von einzelnen Initiativen und Maßnahmen, die der Integration zugewanderter Menschen dienen. Zur Verbesserung und Unterstützung der Integration zugewanderter Menschen haben nun darüber hinaus in Hessen Land, Gemeinden, Städte und Landkreise gemeinsam ein Rahmenkonzept für kommunale Integrationsstrategien mit grundsätzlichen Handlungsempfehlungen für Strukturen und Maßnahmen kommunaler Integrationsprozesse erarbeitet.

Die Projektgruppe „Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration“ aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und des Hessischen Sozialministeriums hat unter Federführung des Hessischen Sozialministeriums das vorliegende Konzept erstellt. Anregungen und Erfahrungen aus den Gemeinden, Städten und Landkreisen und von der Landesebene sind in die Optimierung des Konzepts eingeflossen.

II. Leitlinien

Werteorientierung

Integration ist ein gegenseitiger Prozess zwischen den Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft und zielt darauf, zugewanderten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung der jeweils eigenen kulturellen Identitäten zu ermöglichen. Integration bedeutet zugleich ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz und die Akzeptanz der in unserem Land geltenden Grundwerte, insbesondere die Wahrung der Menschenwürde, der Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Dialog fördern – Parallelgesellschaften verhindern

Im Sinne einer nachhaltigen Integration ist ein strukturierter und dauerhafter Dialog zwischen allen am Integrationsprozess Beteiligten unabdingbar. Dies erfordert sowohl von Seiten der Mehrheitsgesellschaft die Bereitschaft und Fähigkeit, Menschen aus anderen Kulturen zu integrieren als auch von Seiten der Zugewanderten den Willen zur Öffnung und Partizipation. Die religiösen und kulturellen Organisationen, die Ausländerbeiräte bzw. Integrationsbeauftragte sowie Selbstorganisationen der Zugewanderten, die deren Lebenssituation vor Ort kennen, haben hierbei die Aufgabe, auf Offenheit und Integration hinzuwirken und Parallelgesellschaften zu verhindern.

Deutschkenntnisse als Schlüssel zur Integration

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist der entscheidende Schlüssel zur sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration. Sie ist die Voraussetzung für Kommunikation und Partizipation an der Gesellschaft. Insbesondere für Kinder aus zugewanderten Familien ist der frühzeitige Erwerb der deutschen Sprache eine grundlegende Voraussetzung für den Schulerfolg und damit für ihre spätere berufliche und gesellschaftliche Integration. Eltern müssen den Spracherwerb ihrer Kinder fördern und sich selbst die deutsche Sprache aneignen. Dies erfordert unterschiedlich strukturierte Sprachkursangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene und die Kooperation von öffentlichen Einrichtungen, Bildungsträgern, Migrantenorganisationen und den zugewanderten Familien

vor Ort. Integrationserfolg setzt bei den Zugewanderten die Bereitschaft voraus, die deutsche Sprache zu erlernen.

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen

Mit der Akzeptanz des in Deutschland geltenden Wertekanons sind die Gleichberechtigung und die individuelle Selbstbestimmung der Mädchen und Frauen untrennbar verbunden. Der traditionsbezogenen Situation von Mädchen und Frauen aus anderen, insbesondere islamischen Kulturkreisen, ist durch besondere Aufklärung ihrer Rechte, durch zielgerichtete Projekte, z.B. eigene Sprachkurse, und durch ein positives Rollenverständnis fördernde Maßnahmen Rechnung zu tragen. Es ist sicher zu stellen, dass Mädchen aus Zuwandererfamilien am Unterricht in allen Fächern teilnehmen. Bildungsträger, Migrant*innenorganisationen, Moscheevereine und kommunale Frauenbeauftragte sollen dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit machen.

Integrationsfördernde Stadtteilgestaltung

Integration spielt sich weitgehend im Umfeld vor Ort ab. Hier treffen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen zusammen, hier werden Chancen und Probleme des Zusammenlebens sichtbar und hier liegt die Basis für ein friedliches Miteinander aller am Gemeinwesen Beteiligten. Der Stadtteilgestaltung und der gemeinsamen Gestaltung des Wohnumfeldes, in der Integration als Querschnittsaufgabe umgesetzt wird, kommt daher eine elementare Bedeutung zu. Hierzu gehören die Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte ebenso wie integrationsfördernde Aktivitäten der Ausländerbeiräte, beispielsweise die Information und Motivation zur Teilnahme an Deutschkursen und die Unterstützung von Aktivitäten ausländischer Vereine, die sich dem Dialog der Gesamtgesellschaft öffnen.

Integration durch Erziehung und Bildung

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bringen oftmals andere kulturelle Erfahrungen und Fähigkeiten mit als dies bei deutschen Kindern der Fall ist. Zugewanderte Kinder und Jugendliche sollen ebenso wie deutsche Kinder und Jugendliche die Bildungs- und Ausbildungsgänge in Deutschland erfolgreich durchlaufen. Interkulturelle Kompetenzen, den besonderen Anforderungen entsprechende Förderkonzepte, individuelle Sprachförderangebote und eine intensive Elternarbeit für zugewanderte Eltern sind daher in den öffentlichen Einrichtungen wie Kindergarten und Schule vorzuhalten. Die Integration der Kinder und Jugendlichen erfordert den Willen der zugewanderten Eltern, in den Einrichtun-

gen und bei besonderen Maßnahmen, z. B. in Sprachkursen für Eltern aktiv mitzuarbeiten.

Integration von Jugendlichen in Ausbildung, Beruf, Sport und Freizeit

Für die Integration Jugendlicher in Schule, Ausbildung und außerhalb der Schule im sozialen Umfeld sind integrationsfördernde Angebote in diesen Bereichen und die Unterstützung der beruflichen Qualifikation grundlegende Voraussetzung und erfordern die Kooperation aller Beteiligten. Da ausreichende Deutschkenntnisse die Voraussetzung für Kommunikation und Partizipation sind, sind begleitende und gegebenenfalls spezielle Sprachförderangebote für die Jugendlichen durchzuführen. Auf die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft Jugendlicher mit Migrationshintergrund ist dabei ebenso Wert zu legen, wie auf die Gewinnung von Kleinunternehmen ausländischer Herkunft als Arbeitgeber und Ausbilder. Bei den Maßnahmen für Jugendliche sollen die besonderen sozialen Bindungen, Strukturen und kulturellen Vertrautheiten innerhalb der Migrantengruppen berücksichtigt und genutzt werden. Der besonderen Situation von Mädchen ist mit speziellen Angeboten in den Bereichen Schule, Ausbildung, Sport und Freizeit Rechnung zu tragen.

Ehrenamtliches Engagement

Die Bereitschaft zum Bürgerengagement ist ein Indikator für die Identifikation mit und für die Integration in unsere Gesellschaft. Ehrenamtliches Engagement bedeutet, Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies erfordert die Offenheit der aufnehmenden Organisationen ebenso wie die Offenheit und den Willen der Zugewanderten, sich aktiv an Projekten und Einrichtungen in den Kommunen zu beteiligen. Aufgabe der Migrantenorganisationen ist es, hierauf hinzuwirken. Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, ehrenamtliches Engagement ernst zu nehmen.

Interkulturelle Kompetenz

Interkulturelle Kompetenz bedeutet Aufgeschlossenheit, Wahrnehmung des Gegeners und Respekt gegenüber den Menschen mit jeweils anderem kulturellen Hintergrund. Dies gilt für Deutsche wie für zugewanderte Menschen. Da eine erfolgreiche Integration auf Gegenseitigkeit beruht, ist sowohl die Sensibilisierung der Ämter und der Öffentlichkeit für Integrationsfragen als auch die Beschäftigung der Zugewanderten und der Migrantenorganisationen mit der deutschen Kultur notwendig.

III. Integrationspolitik in Hessen

Die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ist eine der Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Der Erwerb der deutschen Sprache ist die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Die Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache bei Kindern, Jugendlichen, ihren Eltern wie bei allen Erwachsenen ist daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Integrationsförderprogramme in Hessen. Insbesondere Kinder aus zugewanderten Familien sollen die deutsche Sprache frühzeitig bereits vor der Einschulung erlernen.

Die Hessische Landesregierung und eine große Zahl der Städte, Gemeinden und Landkreise betrachten Integration als eine Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell und politisch relevanten Handlungsfelder. Durch den in der letzten Legislaturperiode geschaffenen Integrationsbeirat, der in dieser Form für Deutschland modellhaft ist, stehen die Hessische Landesregierung und die in der Integrationspolitik engagierten Vertreter der Kommunen und der Kommunalen Spitzenverbände, die Institutionen, Verbände, Akteure des Arbeitsmarktes und Kirchen in einem dauerhaften Dialog. Beispielgebende Integrationsleistungen in den Kommunen und von Initiativen, Vereinen und Verbänden würdigt die Hessische Landesregierung mit einem jährlich zu vergebenden Preis.

Die Integration zugewanderter Menschen spielte eine wichtige Rolle insbesondere bei der Ausrichtung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme und in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie, Senioren und Gesundheit. Der Integrationskompass des Hessischen Sozialministeriums steht Land und Kommunen als Plattform für Information und für die Darstellung der Integrationsleistungen zur Verfügung. Für den Erfolg der Integrationsmaßnahmen ist die gute und effektive Zusammenarbeit von Land und den Städten, Gemeinden und Landkreisen von entscheidender Bedeutung. Mit den von Land und Kommunen gemeinsam erarbeiteten Leitlinien und Handlungsempfehlungen wird sich diese Zusammenarbeit weiter optimieren.

IV. Zum Begriff ‚Integration‘

Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich Integration ist ein gemeinsames Verständnis des Begriffs Integration und die Berücksichtigung der vielfältigen Facetten, die Integration ausmachen.

Integration zielt auf die Partizipation der zugewanderten Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Integration ist dabei ein dauerhafter Prozess, der auf Gegenseitigkeit zwischen den Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft beruht. Integration steht für die kulturelle und soziale Annäherung von Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft, wobei die Akzeptanz des in der Aufnahmegesellschaft geltenden Rechts, Wertekanons und der gesellschaftlichen Regeln als grundlegende Voraussetzung gilt.

Integration ist ein langfristig angelegter Prozess, der oftmals über Generationen verläuft und überwiegend im Familienverband geschieht. Dabei wird in der Regel unterschieden zwischen der strukturellen Integration (Eingliederung in die Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft), der kulturellen Integration (Spracherwerb und Werteannäherung), der sozialen Integration (Eingliederung in private und nichtöffentliche Bereiche) und der identifikatorischen Integration (Hinwendung und Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft).

V. Struktureller Ansatz

Damit Integration gelingen kann, ist ein dauerhafter Dialog unter Einbeziehung der für das Gemeindeleben wesentlichen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen, der die Potentiale der Migrantinnen und Migranten berücksichtigt, ebenso erforderlich wie eine Steuerungsmöglichkeit durch die Kommunen und die beratenden Gremien und der Einsatz operativer Kräfte bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen.

Als beispielhafte Strukturansätze sind das Einbeziehen aller vor Ort lebenden Einwohner in den Integrationsprozess, das Einbeziehen aller Zuwanderergruppen in den Dialog und in das soziale Gefüge der Kommune, die Einrichtung einer zentralen Koordinierungs- und Anlaufstelle, die institutionalisierte Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den beteiligten Ämtern, Einrichtungen und Organisationen und die Kooperation mit den Ausländerbeiräten zu nennen.

VI. Querschnittsthemen und Handlungsfelder

Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und interkulturelle Kompetenz sind grundlegende Fähigkeiten, die die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration bilden und sich quer durch alle Handlungsfelder ziehen. Sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und Regeldienste als auch die Migranten und Migrantensorganisationen müssen sich über ihre jeweilige Rolle im Integrationsprozess bewusst sein und über die Fähigkeit und Sensibilität verfügen, die besondere Sichtweise des Gegenübers wahrzunehmen und angemessen zu handeln.

VI.1 Querschnittsthemen

Sprachkompetenz	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachförderangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund - Elternkurse, Mama lernt Deutsch – Kurse - Angebote für Familien - Deutschkurse für Erwachsene
Interkulturelle Kompetenz	<ul style="list-style-type: none"> - Sensibilisierung der Ämter, Institutionen und der Öffentlichkeit für Integrationsfragen - Fortbildung städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Sensibilisierung der Migrantensorganisationen - Sensibilisierung der islamischen und anderer religiöser Verbände

VI.2 Handlungsfelder

Die Handlungsfelder „Kindergarten und Schule“, „Jugendarbeit, Sport und Freizeit“, „Ausbildung und Beruf“, „Wohnen und Leben im Stadtteil“, „Kultur“, „Gesundheit und Alter“, „Stadtteilplanung und Stadtteilentwicklung“ und „Integrationsforschung“ sind die zentralen Handlungsfelder für Integration. In den Handlungsfeldern sind Maßnahmen und Bausteine zu entwickeln, die in den Handlungsfeldern genannten Beispiele und Anregungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Kindergarten und Schule	<p>Für Kinder aus zugewanderten Familien sind gute Deutschkenntnisse Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch. Zudem ist die deutsche Sprache die gemeinsame Sprache und Voraussetzung für ein Miteinander für Kinder aller Nationen im Kindergarten und in der Schule. Sprachkenntnisse sollen möglichst frühzeitig vor der Einschulung bereits im Kindergartenalter erworben und gezielt gefördert werden. Damit Kinder im Kindergarten und in der Schule aktiv von ihren Eltern begleitet und unterstützt werden können, sind Sprachkurse und Bildungsangebote für Eltern mit Migrationshintergrund ebenso wichtig wie die Elternarbeit selbst.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Sprachförderprogramme für Kinder mit Migrationshintergrund in Kindergarten und ergänzend zur Schule - Interkulturelles Lernen im Kindergarten, in Schule und Freizeit - Inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen - Gemeinsame Elterndienste zur Erleichterung des Übergangs vom Kindergarten zur Schule - Elternbriefe in unterschiedlichen Sprachen als Information zu pädagogischen Themen und die Bedeutung des Kindergartenbesuches

	<ul style="list-style-type: none"> - Informationstage oder –vorträge für die Eltern zu Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitsthemen in Kooperation von Kindergarten, Schule, Jugendamt, Gesundheitsamt, Kinderärzten und mit Migrantenern als Dolmetscher - Werbung für einen frühen Kindergartenbesuch über Kindergarteneltern - Mehrsprachige Einladungen zum Elternabend - Für Elternabende Migrantenern als Dolmetscher ansprechen - Aktive Mitarbeit der Eltern bei Festen, Vorlesen aus verschiedenen Kulturen - Initiierung von Projekten zum Thema Rollenverständnis/Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen - Fortbildung für pädagogische Fachkräfte zum Thema Rollenverständnis/Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen - Fortbildungen der pädagogischen Fachkräfte zum Thema Interkulturelle Kompetenz und zur Sprachförderung - Initiierung von Projekten wie beispielsweise „Frühstart“ und „Ehrenamtliche Elternbegleiter“ - Sprachkurse für Eltern/Mütter mit Kinderbetreuung in Kooperation mit dem Jugendamt, Kindergarten und Schule - Einbeziehen von ehrenamtlich Tätigen und Patenschaften (z. B. „Sprachpatenschaften“) - Hausaufgabenhilfen für Migrantenkinder - Patenschaften für Hausaufgabenhilfen - Regelmäßiger „Teenachmittag“ für Kindergarten- und Schulmütter und -väter unterschiedlicher Nationalität zum Austausch über Kindererziehung und Sprachentwicklung - Erste-Hilfe-Kurse für Mütter und Väter von Migrantenkindern in Kindertagesstätten in Kooperation mit dem Jugendamt durch das Rote Kreuz
--	--

	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrsprachige Lesungen für Kinder im Grundschulalter
Jugendarbeit, Sport und Freizeit	<p>Sport, Freizeit und die Jugendarbeit bieten gute Möglichkeiten, Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen, zur Mitarbeit zu gewinnen und ihre Integration zu fördern. Wichtig und sinnvoll ist dabei oftmals die Verbindung von Angeboten zur Sprachförderung mit Angeboten der Freizeit und der Jugendarbeit.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Außerschulische Sprachförderprogramme - In Sport-, Freizeit- und Jugendarbeit integrierte Sprachangebote - Aufsuchende Jugendarbeit (z. B. Basketball-Turnier, Fußballturnier) - Offene Sport- und Freizeitangebote für Migrantengruppen durch Jugendzentren - Gezielte mädchen- bzw. jungenspezifische Sportangebote - Sozialpädagogische Projekte mit ethnisch gemischten Teams von Jugendlichen - Gemeinsame Gestaltung eines für Jugendliche bestimmten Raumes oder einer Fläche im Stadtteil - Einbeziehen der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung - Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportvereinen - Zusammenarbeit mit der Feuerwehr - Einrichten von Mädchentreffpunkten - Mädchenprojekte und Jungenprojekte (z. B. Sportprojekte, Projekte zur Gewaltprävention) - Angebote für konfliktbereite Jugendliche mit Migrationshintergrund - Einbeziehen von Schulsozialarbeit und Hausaufgabenbetreuung - Präventionsprojekte an Schulen und an der Schnittstelle von schulischem und außerschul-

	<p>lischem Bereich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einbeziehen der kirchlichen Jugendarbeit - Motivation der Jugendlichen zur Mitarbeit in örtlichen Vereinen - Spezielle Angebote für männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund zum Rollenverständnis der Mädchen und Jungen/Frauen und Männer - Spezielle Angebote für weibliche Jugendliche mit Migrationshintergrund zum Rollenverständnis der Mädchen und Jungen/Frauen und Männer - Ehrenamtliche Jugendarbeit durch Muttersprachler - Interkulturelle Theaterprojekte für Jugendliche
Ausbildung und Beruf	<p>Die berufliche Qualifizierung spielt in der Berufswelt eine immer stärkere Rolle. Ausbildung und Beruf sind zudem wesentliche Bereiche, um die Integrationschancen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Beruf und Gesellschaft zu verbessern. Hier müssen Jugendliche, ihre Familien, Schulen, Betriebe und die Jugendarbeit Hand in Hand arbeiten.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Berufsorientierungsmaßnahmen während der Schulausbildung - Berufsfindungsprojekte am Übergang Schule - Ausbildung – Beruf - Ausbildungsbegleitende und –unterstützende Maßnahmen - In die ausbildungsorientierten Angebote integrierte Sprachkurse - Einbeziehen der außerschulischen Jugendarbeit - Mehrsprachige Informationsveranstaltungen für Jugendliche mit Migrationshintergrund - Angebote und Begleitung beim Übergang Schule - Ausbildung - Spezielle ausbildungsorientierte Angebote für

	<p>Mädchen mit Migrationshintergrund</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigung für junge Menschen ohne Hauptschulabschluss (z. B. im Rahmen der Programme „EIBE“ und „FAUB“) - Niedrigschwellige ausbildungsmotivierende Maßnahmen - Sprachkurse für Jugendliche zwischen Schule und Beruf - Stärkung der interkulturellen Kompetenz bei den Akteuren des Arbeitsmarktes - Förderung der beruflichen Qualifikation durch die Zusammenarbeit mit örtlichen deutschen und ausländischen Unternehmen - Trainingsprogramme mit fachlicher Qualifikation über die jeweilige „Fachsprache“ - Informationsveranstaltungen im Stadtteil unter Einbeziehung der lokalen Wirtschaft und der Arbeitsvermittlung <p>Informationskampagnen im Stadtteil über die Möglichkeit der beruflichen Integration von Migrant*innen, Förderung und Einwerbung von Ausbildungsplätzen bei Gewerbetreibenden nichtdeutscher Herkunft.</p>
<p>Wohnen und Leben im Stadtteil, Kultur</p>	<p>Integration findet vor Ort im Wohnumfeld, im Stadtteil statt. Hier begegnen sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in der Nachbarschaft, in Institutionen und Vereinen, in Initiativen und Religionsgemeinschaften. Nirgendwo sind die Gelegenheiten und Chancen für ein friedliches Miteinander so hoch wie in der Nachbarschaft. Um dies zu ermöglichen, sind hier Migrant*innen, Einheimische, Verwaltung, Institutionen und Vereine gefordert. Die Pflege und der Zugang zu den unterschiedlichen Kulturen, der deutschen und der Herkunftskultur der Zugewanderten, soll dabei Bestandteil und Potential der kommunalen Infrastruktur sein.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Organisation von Sprachkursen für Eltern - Mama-lernt-Deutsch-Kurse mit Kinderbetreuung - Organisation von Sprachkursen als Familienprojekt gemeinsam für Kinder und Eltern - Einrichtung von Arbeitskreisen/runden Tischen mit Deutschen und Migranten - Bestimmung von Beauftragten/Vertrauenspersonen aus der Verwaltung, dem Magistrat oder von privater Seite insbesondere für Konfliktmanagement - Einrichtung von Nachbarschaftszentren - Begegnungsräume schaffen - Besondere Treffpunkte für Frauen einrichten - Gemeinsame Stadtteilstefte und internationale Kulturfeste - Gemeinsame Benefizaktionen zugunsten Dritter initiieren - Freundeskreise zwischen Deutschen und Zugewanderten - Einbeziehen und Öffnung von Vereinen - Beteiligung von religiösen Vereinigungen, z. B. Moscheegemeinden - Vereinsübergreifende (deutsche und ausländische) Aktivitäten - Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Vereinen - Gemeinsamer monatlicher Stammtisch - Gemeinsame Sportaktivitäten, z.B. Fußballturniere mit gemischten Quartiersmannschaften - Familienpatenschaften - Frauenprojekte - Erste Hilfe – Kurs für Migrantinnen gemeinsam mit dem Roten Kreuz - Angebote für Väter/Männer mit Migrationshintergrund zum Rollenverständnis - Angebote zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements bei Migranten - Gemeinsame Lesungen unter Beteiligung der
--	--

	<p>verschiedenen Kulturen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gemeindebibliothek als gemeinsames Projekt Bewusstseinsbildung für die Notwendigkeit der Integrationsfragen, Öffentlichkeitsarbeit - Gemeinsame Gestaltung des Wohnumfeldes von Spielplätzen - Schaffung von gemeinsam nutzbaren Gartenflächen - Durchführung eines internationalen Kulturfestes gemeinsam mit dem Kulturamt und den Partnerschaftsgesellschaften - Interkulturelle Woche mit interkonfessionellem Friedensgebet - Neujahrsempfang für Neubürger - Stadtführungen für Migranten mit Dolmetschern - Integrationsfördernde Aktivitäten des Ausländerbeirates
Gesundheit und Alter	<p>Um Verantwortung für die eigene Gesundheit und die seiner Kinder übernehmen zu können, sind Informationen über das deutsche Gesundheitswesen, über Vorsorge- und Therapiemöglichkeiten und über die örtlichen Beratungs- und Hilfeangebote ebenso notwendig wie das Wissen über das richtige Gesundheitsverhalten und Gesundheitsrisiken. Für die Migranten und die Regeldienste sind die sprachliche und kulturelle Verständigung Voraussetzung für einen erfolgreichen Verlauf.</p> <p>Die Zahl der älteren Migrantinnen und Migranten ist in den vergangenen Jahren gewachsen und wird weiterhin ansteigen. Kultursensible Seniorenarbeit will das Leben der älteren Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Integrationschancen verbessern.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Abbau von Sprachbarrieren, Infobörsen im Internet, Gesundheitswegweiser - Gesundheitsthemen im Rahmen des Projekts

	<p>„Mama lernt Deutsch“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Informations- und Beratungsangebote, z. B. durch regionale Gesundheitslotsen - Berücksichtigung von kulturellen Besonderheiten bei Gesundheitsfragen von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund - Stärkung der interkulturellen Kompetenz in Einrichtungen des Gesundheitswesens (z. B. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen) - Den religiösen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten ist entsprechende § 6 Abs. 6 des Hessischen Krankenhausgesetzes Rechnung zu tragen - Informationsveranstaltungen gemeinsam mit Krankenhäusern, Gesundheitsamt, Jugendamt, Kinder- und Frauenärzten, Zahnärzten, Frauenbeauftragten - Erstellen von mehrsprachigen Gesundheitsführern - Erstellen eines Ärzteverzeichnisses nach Fremdsprachenkenntnissen der Ärzte - Berücksichtigung von kulturellen Besonderheiten bei Gesundheitsfragen von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund - Patenschaften für ältere Migrantinnen und Migranten - Sprachkurse für Senioren - Mehrsprachige Beratungen für Senioren - Öffnung von Seniorentreffs und Vereinen für Migranten mit Migrationshintergrund - Gemeinsame Tee- oder Kaffeemittage für deutsche Senioren und Senioren mit Migrationshintergrund
<p>Stadtteilplanung und Stadtteilentwicklung</p>	<p>Nach dem Erlernen der deutschen Sprache ist Wohnen mit einer der wichtigsten Indikatoren für eine gelingende Integration. Bei der Planung und Steuerung von Wohnraum sollen daher die Interessenslagen der Migranten und der Aufnahmegesellschaft berücksich-</p>

	tigt werden.
	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen zur Verhinderung einer Gettobildung - Zusammenführen von Diensten für Deutsche und Zugewanderte - Bildung von Stadtteilkonferenzen unter Einbeziehung von Migrantenvereinigungen und Wohnungsbaugesellschaften - Planung von sozial angemessenen und nicht verdichteten Wohngebieten - Bei Planungen die örtlichen Vereine, Nachbarschaften, Kirchengemeinden, Lotsen, Migranten-Communities beachten - Netzwerk stadtteilorientierter Angebote bei der Planung berücksichtigen
Integrationsforschung	Die Evaluation und die Erforschung von Integrationsmaßnahmen und Integrationsthemen können ebenso wie die Erstellung von Migrationsberichten interkommunal und beispielhaft geleistet werden.
	<ul style="list-style-type: none"> - Studien zur Erforschung von Integrationsfragen - Begleitung und Evaluierung von Projekten und Maßnahmen - Erstellung von Migrationsberichten

Anhang

Nachahmenswerte Projekte und örtliche Organisationsformen in Hessen, die kommunale Handlungsansätze und -strategien beispielhaft aufzeigen, werden im Anhang vorgestellt.

Impressum

- Herausgeber: Hessisches Sozialministerium
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Dostojewskistr. 4
65187 Wiesbaden
www.sozialministerium.hessen.de
- Redaktion: Diedrich Backhaus, Hessischer Städte- und Gemeindebund
Wolfram Dette, Stadt Wetzlar
Dr. Wolfgang Müsse, Hochtaunuskreis
Lucia Puttrich, Hessischer Städte- und Gemeindebund
Dr. Hans-Peter Röther, Hessischer Landkreistag
Dieter Schlempp, Hessischer Städtetag
Dr. Brigitte Strobel, Hessischer Städtetag
Dr. Walter Kindermann, Hessisches Sozialministerium
Gabriele Meier-Darimont, Hessischen Sozialministerium
Franz-Josef Gemein, Hessisches Sozialministerium (verantwortlich)
- Titelgestaltung: Herbert Ujma
- Druck: Hausdruck HSM
März 2007